

5mal wöchtl. Bezugspreis: f. August 2 R.-M. ausst.
Bestellgeld. Berechnung der Anzeigen nach Rent.-Kart.
Preis: Die eingepaltene Zeitzeile 30 S., f. Familien-
u. Vereinsanz., 20 S. Die Zeit-Melamette
90 mm breit, 1 A. Offertengebühr für Selbstholer
20 S., bei Lieferung b. d. Post außerdem Porto-
zuschlag. Preis f. d. Einzelnummer 10 Renten-Mennig.
Beschlüssiger Zeit: Josef Hochmann, Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung
auf Lieferung sowie Erfüllung v. Ans.-Aufträgen u.
Leistung v. Schadenersatz. Für unendlich u. d. Fernspre-
übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Ver-
antwortung. Unverlangt eingehende u. mit Nachporto
nicht versehen Manuskripte werden nicht aufbewahrt.
Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags.
Hauptverleger: Dr. Josef Albert, Dresden.

Sächsisch-
Völkische
Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Verkaufsstelle der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Alt. 10, Holbeinstr. 46, Fernr. 8722, Vol-
kshaus-Dresden 1477

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Alt. 10, Holbeinstr. 46, Fernr. 8722,
Volkshaus-Dresden 1477

Das vergewaltigte Recht

Was in den letzten Tagen in London vor sich gegangen ist,
hat das Interesse eines jeden Deutschen auf das lebhafteste wach-
gehalten. Eine neue schwere Krise war eingetreten, weil man
in der Hauptfrage, nämlich der Räumung, keine Einigung er-
gelen konnte. Was man kaum noch erwartet hatte, trat plötz-
lich ein. England und Amerika stellten sich auf den Standpunkt
Herriots und liehen die Deutschen in ziemlich diktatorischer
Form wissen, daß sie den Forderungen Herriots nach einer noch
einjährigen Besatzungsfrist für das Ruhrgebiet zuzustimmen
hätten. Für alle Welt aber liegt die Rechtsfrage klar zutage.
Die Ruhrbesetzung erfolgte seinerzeit deshalb, um die wirt-
schaftliche Ausbeutung zu sichern. Nachdem Deutschland aber
sich bereit erklärt, das Dawes-Datatum anzunehmen, mußte
die wirtschaftliche Ausbeutung und damit auch die militärische
Besetzung fortfallen. Jeder Rechtsanspruch auf eine längere
Dauer der Besetzung hörte auf. Eine solche Besetzung hat gleich-
zeitig auch keinen Zweck mehr. Es ergibt sich also klar und
uneingeschränkt, daß von Deutschland die Zustimmung zu einer rechts-
und vertragswidrigen Handlung gefordert wird.

Wir müssen uns fragen, wie England und Amerika, die
doch so oft mit löblichen Worten ihr großes Rechts-
und Moralgefühl vor aller Welt an die Wand gemalt haben, zu sol-
cher Auffassung gelangen konnten. Die Erklärung ist diese:
Macdonald und der amerikanische Vertreter in London sind
überzeugt, daß Herriot es durchaus ehrlich meint, und daß er
deshalb unbedingt als französischer Ministerpräsident ge-
halten werden muß. Herriot ist aber an die Beschlüsse der
Kammer und des Senats gebunden und kann keine weiteren
Zustandnisse in der Räumungsfrage machen. Er darf auch
nicht ohne irgendwelche Erfolge nach Paris zurückkehren. Her-
riot war bereits erfolglos in der für Frankreich so entscheidungs-
vollen Frage der interalliierten Schuldenregelung, weil ihm in
diesem Punkte Macdonald keine Konzessionen gemacht hat. Die
Frage soll lediglich nach der Londoner Konferenz in einer
Sonderkonferenz weiter erörtert werden. Daraufhin versuchte
Herriot, von Deutschland wirtschaftliche Zustandnisse zu er-
zielen durch Abschluß eines Handelsvertrages unter Reser-
ve der Zustimmung für Frankreich, Zollfreiheit für Eisen-
rohlinge usw. Die Deutschen aber zogen sich in dieser Frage
zurück, weil die Bedingungen untragbar waren, besonders
weil der Handelsvertrag direkt mit der Räumungsfrage ver-
knüpft wurde. Herriot erzielte also auch in diesen Dingen nichts
und geriet in eine schwere Situation. Loucheur reiste in aller
Eile nach London und erklärte Herriot, daß unter solchen Um-
ständen seine Stellung gefährdet sei. Wenn er aber dazu noch
in der Frage der einjährigen Räumungsfrist Zustandnisse an
Deutschland mache, so wäre er geradezu erledigt. Die französi-
schen Nationalisten hätten die Oberhand von neuem gewonnen.

All diese Dinge müssen wir uns vergegenwärtigen, um die
Sachlage richtig beurteilen zu können. Herriot wandte sich in
seiner schweren Lage an die englischen und amerikanischen Ver-
treter, und da diese nur dann einen gedeihlichen Fortschritt in
der europäischen Politik erwarten, wenn in Frankreich der
jetzige Kurs beibehalten wird, so kamen sie zu der Ueber-
zeugung, daß eben Deutschland ein Auge zuzubringen habe, und
lieber die weniger schwere Bedingung der einjährigen Räu-
mungsfrist anerkennen müsse, als das ganze in London so be-
schwerlich aufgerichtete Gebäude völlig von neuem zu zerfallen.
Freilich wurden dabei die parlamentarischen Schwierigkeiten, die
sich für die deutsche Regierung ergeben, nicht berücksichtigt.

Wir müssen uns heute, um die ganze Arbeit der Londoner
Konferenz zu versehen, einmal fragen, was denn überhaupt
verhandelt und was bisher in großen Zügen erreicht worden ist.

Der erste Ausschuss behandelte bekanntlich die Sank-
tionsfrage. In dieser Frage hat Deutschland tatsächlich
etwas erreicht. Theoretisch ist zwar auch in Zukunft noch eine
einzelne Macht in der Lage, Sanktionen zu ergreifen, aber in
der Praxis ist es einfach unmöglich. In der Kommission, die
über eine böswillige Verletzung Deutschlands entscheidet,
sitzt ein Amerikaner. Kommt diese Kommission nicht zu einer
einmütigen Feststellung der Verletzung, so muß der Appell an
das Haager Schiedsgericht erfolgen. Lehten Endes aber müßte
die isoliert vorgehende und Pfänder ergreifende Macht für die
Aufbringung des Zinsdienstes, der sich aus der Anleihe für
Deutschland ergibt, auskommen. Man sieht also, daß die Sank-
tionsfrage für Deutschland tragbar geworden ist. Was die
Anleihe anbelangt, so fallen sämtliche Deutsche darunter,
die sich in den besetzten Gebieten einer Verletzung schuldig ge-
macht haben. Ausgenommen sind nur solche, die durch ihre
Tätigkeit den Tod von Franzosen herbeiführten. Als Kom-
pensation müssen wir allerdings auch die Separatisten am-
nestieren.

Der zweite Ausschuss behandelte die Herstellung der wirt-
schaftlichen und finanziellen Einheit des Reiches. Man kam hier
zu einem endgültigen Ergebnis. 20 Tage nach dem Inkraft-
treten des Dawes-Datatums fällt die Zollgrenze. Gleichzeitig
werden alle Erleichterungen eingeführt (Fortfall des Währungs-
zwanges usw.), die den Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem
Gebiet regeln. In der Frage der Eisenbahnen konnten
weiterhin die Deutschen einen vollen Erfolg aufweisen. 35 Tage
nach dem Inkrafttreten des Dawesplanes muß die neue Aktien-
gesellschaft gegründet sein und zwar so, daß 14 Tage nach dieser
Gründung die jetzige Regie in diese Gesellschaft übergeht. Sechs

Vor der Einigung

Montag Konferenzschluss?

London, 16. August. Falls die Verhandlungen zwischen
den deutschen und französischen Ministern, die Sonnabendbrüch
wieder aufgenommen worden sind, zu einem Abschluß kommen,
findet um 3 Uhr nachmittags eine Plenarsitzung der deutschen und
alliierten Delegierten statt. Um 6 Uhr wird eventuell eine Soll-
fassung der Konferenz stattfinden. Die Unterzeichnung
des Schlussprotokolls würde demzufolge noch am Sonn-
abend vorgenommen werden können. Falls keine unvorhergesehenen
Schwierigkeiten aufstehen, würde die internationale
Schlussfassung am Montag stattfinden.

London, 16. August. Man hat den Eindruck, als ob es
den Deutschen gelungen ist, kleine Verbesserungen an
den Vorschlägen Herriots zu erzielen. Die Franzosen bemühen
sich, Deutschland zu überzeugen, daß es Herriot ernst ist, die
Räumung zu vollziehen, aber auch das Jahr nicht voll auszu-
nutzen. Da Macdonald sich heute halbwegs von der deut-
schen Delegation verabschiedet hat, um eventuell in der Nacht
nach Schottland abzufahren, beschäftigt sich der Eindruck, daß die
Einigung so gut wie vollzogen ist.

Dortmund wird sofort geräumt?

Paris, 16. August. Wie der Londoner Sonderbericht-
erstatter des „Matin“ mitteilt, hatte General Nollet Freitag-
abend eine längere Unterredung mit dem Generalstabchef De-
gouttes, George, in der die deutschen Forderungen geprüft
worden sein sollen. Möglicherweise dürfte nicht allein Dort-
mund, sondern auch der Hafen von Ruhrort schon bei der
Unterzeichnung des Protokolls geräumt werden. Wie der Be-
richterstatter weiter meldet, ließ Herriot an Doumergue
einen längeren Bericht abgeben und erklären, daß er nach wie
vor uneingeschränkt sei.

Berlin, 16. August. Wie die Morgenblätter weiter be-
merken, sehe die Reichsregierung in den bisher in London
erreichten Zustandnissen einen wesentlichen Fortschritt. Vor-
 allem wird hervorgehoben, daß die Sicherheit der Räumung
des Ruhrgebiets innerhalb einer genau bestimmten
Frist wichtiger sei, als der Streit darüber, ob die Räumung
ein paar Monate früher oder später vorgenommen werde. Für
die Industrie sei ein großer Vorteil, daß man die Verquickung
der Räumungsfrage mit der Frage des deutsch-französischen
Handelsvertrages und der Wiedereinrichtung der Zollfreiheit ver-
mieden habe.

Herriots Forderung

Von England und Amerika unterstützt.

Am Donnerstag begab sich die deutsche Delegation zum
Premierminister Macdonald, um seine Stellung zu dem zwi-
schen der deutschen Delegation einerseits und den Delegierten
Frankreichs und Belgiens andererseits entstandenen Konflikt in
der Frage der militärischen Räumung des Ruhr-
gebiets und der anderen widerrechtlich besetzten Sanctionsgebiete
kennen zu lernen. Macdonald und der amerikanische Vor-
sitzer Kellogg, der sich bei ihm befand, vertreten der
deutschen Delegation gegenüber den Standpunkt, daß der fran-
zösischen Vorschlag angenommen werden müsse.

Die deutschen Delegierten forderten Bedenkzeit. Die
deutschen Minister hielten alsdann eine Besprechung in ihrem
Hotel ab. Macdonald erstattete den verbündeten Delegations-
führern Bericht von der mit Herz und Streilemann geführten
Unterredung. Von englischer Seite wurde betont, daß der Schritt
Englands und Amerikas nichts von dem Charakter eines Ulti-
matums an sich trüge.

Bei einer anschließenden Aussprache mit den französischen
Delegierten beantworteten diese die deutsche Frage hinsichtlich

Wochen darauf wird die Regie völlig zu existieren aufhören.
Die Frage der deutschen Zahlungen ist gleichzeitig gemäß
den Vorschlägen des Gutachtens geregelt. Für die Uebergangs-
zeit betragen die Zahlungen monatlich 12 Millionen Mark. Auch
bezüglich des altbesetzten Gebietes ist die Rechts- und Wirt-
schaftsfreiheit hergestellt worden. Man ist im Begriff zu dem
Rheinlandabkommen zurückgekehrt. Die Einzelheiten sind zwar
noch nicht ganz geklärt, so daß weitere Verhandlungen statt-
finden müssen, wobei allerdings noch einige Schwierigkeiten ent-
stehen können. Seither war ein sogenanntes Delegiertensystem
vorhanden, wodurch die Justiz- und Verwaltungshoheit des Reiches
aufgehoben wurde. Es ist jetzt eine besondere Instanz ein-
gerichtet worden, so daß keine Ausweisungen mehr erfolgen
könnten, ohne daß der Beklagte angehört worden ist. Ueber die
Auslegung des Rheinlandabkommens entscheidet ein Schieds-
gericht. Für dieses Schiedsgericht und für das Rheinland-Ab-
kommen fordern die Deutschen die Hinzuziehung eines Ameri-
kaners. Im großen und ganzen wird die Wiederherstellung der
wirtschaftlichen und finanziellen Einheit keine großen Schwie-
rigkeiten machen.

Der dritte Ausschuss beriet über die Frage des Transfers.
Die deutsche Währung mußte dabei unbedingt geschützt werden.
In der Tat wird der gefundene Weg die Währung in dem Sinne

des Beginn des Räumungsjahres dahin, daß der
Jahr am Tage der Parafizierung des Räumungsabkommens be-
ginnne. Von französischer Seite wurde betont, daß die Räu-
mungsfrist, da das Gutachten voraussichtlich erst am 15. Oktober
in Kraft trete, dann also im Durchschnitt nur 10 Monate betrage.
Als selbstverständlich wurde bezeichnet, daß alle Inanspruch-
nahmen „Kriegsrisiko“ und sonstigen Verkehrsrisiken, die im Hinblick
an die Ruhrbesetzung von den Franzosen zur Sicherung der Eisen-
bahntransporte usw. befragt worden sind, unverzüglich pe-
träumt werden würden. Es handelt sich dabei um Mann-
heim, Karlsruhe, Offenburg usw. Endlich wurde zu-
gefragt, daß die französischen und belgischen Eisenbahner
verlust zurückgezogen werden sollen. Es wurde lediglich der
Vorbehalt gemacht, daß Geleitruppen eingreifen dürfen, falls
die Lebensmittelversorgung der Besatzungstruppen gefährdet würde.

Nachdem innerhalb der deutschen Delegation vorübergehend
der Plan erwogen worden war, Reichsminister Marx oder
Finanzminister Luther nach Berlin zur Fühlungsnahme mit
Reichsregierung und Parteiführer zu senden, forderte man
die Reichsregierung telegraphisch auf, Stellung zu nehmen.

Die deutsche Antwort

Die Antwort aus Berlin, die am Freitagabend in London
eintraf, war sehr umfangreich. Sie umfaßte 7000 Worte. In
der Antwort war weder ein klares Ja noch ein klares Nein aus-
gesprochen, sondern sie stellte den Versuch dar, bessere Be-
dingungen zu erlangen.

Diese Bedingungen sind: Räumung von Ruhrort, Ver-
minderung der Besatzungstruppen, Räumung verlassener Städte,
Anfichtbarmachung der Besatzung, weniger Nachbesatzungen
der interalliierten Rheinlandkommission und die schriftliche
Zusicherung aller die Ruhreräumung betreffenden Ver-
einbarungen.

In alliierten Kreisen sah man in der deutschen Antwort all-
gemein die Annahme der Herriotischen Ziele. Ueber die noch
Hebermittlung der deutschen Antwort aufgenommenen Verhand-
lungen liegen folgende Meldungen vor:

London, 16. August. (Trahtbericht.) Am Freitag sind
die Verhandlungen in den Abendstunden wieder auf-
genommen worden. Zwischen den Deutschen und Belgiern
ist vorläufig keine Fühlungsnahme erfolgt.

Nach der Situa ist ein einheitliches Kommuniqué von den
deutschen und französischen Vertretern auszugeben werden, das
betont: „Zwischen den Vertretern der deutschen und französischen
Regierung hat eine Unterredung stattgefunden, die ein positi-
tives Ergebnis erwarten läßt. Die Unterredung wird fortgesetzt
werden.“ — Im übrigen hielten sich die Delegationen in
Schweigen.

„Schamp's Telegraph“ verbreitet eine Meldung, nach
der die Annahme der Räumungsfrist durch die Deutschen abhängig
gemacht worden ist von der Bedingung, daß die Anleihe ge-
sichert wird. Eine Verhütung dieser Nachricht von deutscher
Seite war bisher nicht zu erlangen. Ebenso sind jetzt wieder
Gerüchte über französische Konzessionen im Umlauf.

London, 16. August. (Trahtbericht.) Deutsche und Fran-
zosen halten vormittags eine Sitzung ab, an der sich der Reichs-
finanzminister Luther, der französische Finanzminister Cle-
mentel und der General George beteiligten. In der Be-
sprechung werden einige besondere Fragen der mili-
tärischen Räumung behandelt.

Wenn ein positives Ergebnis erzielt wird, dann werden
noch drei große Abschlusssitzungen stattfinden. An der
letzten sollen sämtliche Delegationen vollständig teilnehmen.

Es erregt Aufsehen, daß das französische Kommuniqué über
die Verhandlungen am Freitag nicht dieselben Worte gebraucht
wie das deutsche. Der französische Bericht spricht von „bestie-
digenden“ Ergebnissen. Die französische Delegation
plant offenbar Zugeständnisse, wenn auch mit einem Auf-
geben der Maximalgrenze nicht zu rechnen ist. Die
Unterredung hat sich heute in ruhiger Form bewegt. Als die
Deutschen auf die Schwierigkeiten hinwiesen, die sie im Hinblick
haben würden, sagte Herriot: Sie können sich freuen, Sie haben
nun einen Reichstag, ich habe deren zwei.

schließen, daß die angesammelten Gelder nicht zur Unterhaltung
der deutschen Valuta benutzt werden können. Ueber die Frage
der Sachlieferungen ist noch keine volle Klarheit erfolgt. Daß
wir noch Sachlieferungen über das Jahr 1930 hinaus leisten
sollen, wurde als untragbar befunden und deshalb auch von den
Deutschen abgelehnt.

Außer den Beratungen der drei Ausschüsse haben dann Ver-
handlungen der Reparationskommission mit den deutschen
Vertretern stattgefunden. Es sind alle Einzelheiten bestimmt worden,
unter denen das Gutachten in Kraft tritt. Auch hier wird in
Zukunft, falls noch Meinungsverschiedenheiten aufstehen sollten,
ein Schiedsgericht zu entscheiden haben.

Neben diesen Fragen stand die Frage der Räumung. Sie
war nicht für den offiziellen Teil der Londoner Konferenz vor-
gesehen, sondern wurde zwischen Deutschland einerseits und
Frankreich und Belgien andererseits für sich geregelt werden. Die
Frage spielte sich dann zu der bekannten Krise zu. Daran ent-
stand schließlich folgende Situation: Kann Deutschland das ganze
Gutachten, das den Wegfall der Zollgrenze, der Besatzungskosten
von 50—60 Millionen Goldmark monatlich der Wicam und der
Regie bringt, das sämtliche Deutsche amnestiert und die Aus-
gewiesenen zurückführt und die übrigen Vorteile, besonders die der
Anleihe bringt, ablehnen, weil es in der Frage der Räumung